

2020 **Ausgegeben zu Bonn am 1. Oktober 2020** **Nr. 15**

Tag	Inhalt	Seite
15. 9.2020	Elfte Verordnung zur Änderung rhein- und moselschiffahrtspolizeilicher Vorschriften FNA: 9501-46, 9501-46, 9501-52, 9501-52	699
25. 9.2020	Dritte Verordnung zu dem Seearbeitsübereinkommen, 2006, der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Februar 2006	703
24. 7.2020	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des deutsch-sowjetischen Konsularvertrags im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau	706
27. 7.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe	706
27. 7.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel	707
28. 7.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Anlage IV des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung	707
3. 8.2020	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)	708
3. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner geänderten Fassung und zur Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten und zur Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden über den Austausch länderspezifischer Berichte	709
4. 8.2020	Bekanntmachung über die Suspendierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die Überstellung flüchtiger Straftäter	711
5. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt	711
5. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	712
10. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus	712
12. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Streumunition	713
12. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	713
12. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport	714
12. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Protokolls zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten und Berichtigung	714
12. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderungen von 1997 und 1999 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	715
18. 8.2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	715

Fortsetzung nächste Seite

Tag	Inhalt	Seite
26. 8. 2020	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung vom 15. Juni 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik zum Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten	716
3. 9. 2020	Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus	717
7. 9. 2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	719
7. 9. 2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege	719
7. 9. 2020	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr	720

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5 %.

ISSN 0341-1109

Elfte Verordnung zur Änderung rhein- und moselschiffahrtspolizeilicher Vorschriften

Vom 15. September 2020

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verordnet auf Grund

- des § 3 Absatz 1 Nummer 1, 2, 2a, 4 und 8, Nummer 1, 2, 2a und 4 jeweils auch in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 1 Buchstabe a, des Binnenschiffahrtsgesetzes, von denen § 3 Absatz 1 im Satzteil vor Nummer 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 25. April 2017 (BGBl. I S. 962), § 3 Absatz 1 Nummer 2 durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 19. Juli 2005 (BGBl. I S. 2186) geändert und § 3 Absatz 1 Nummer 2a durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc des Gesetzes vom 19. Juli 2005 (BGBl. I S. 2186) eingefügt worden sind,
- des § 3 Absatz 1 Nummer 8 in Verbindung mit Absatz 5 Satz 2 des Binnenschiffahrtsgesetzes, von denen § 3 Absatz 1 im Satzteil vor Nummer 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 25. April 2017 (BGBl. I S. 962) und § 3 Absatz 5 Satz 2 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 25. April 2017 (BGBl. I S. 962) geändert worden sind, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

Artikel 1

Inkraftsetzen eines Beschlusses der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt

Der von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in Straßburg gefasste Beschluss vom 4. Juni 2020 (2020-I-13) zur Änderung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung (Anlage zu Artikel 1 der Verordnung zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 19. Dezember 1994 (BGBl. 1994 II S. 3816, Anlageband)), die zuletzt durch Beschluss vom 4. Dezember 2019 (Anlage 3 zu Artikel 1 Satz 1 Nummer 3 der Verordnung vom 2. Juni 2020 (BGBl. 2020 II S. 346)) geändert worden ist, wird hiermit auf dem Rhein in Kraft gesetzt. Der Beschluss wird nachstehend als Anlage 1 veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung der Verordnung zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung

Artikel 4 der Verordnung zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 19. Dezember 1994 (BGBl. 1994 II S. 3816), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 2. Juni 2020 (BGBl. 2020 II S. 346) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 2a wird folgende Nummer 2b eingefügt:

„2b. entgegen § 1.08 Nummer 6 Satz 2 Außenbordarbeiten durchführt,“.
 - b) Die bisherige Nummer 2b wird Nummer 2c.
2. Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 5e werden folgende Nummern 5f und 5g eingefügt:

„5f. entgegen § 1.08 Nummer 5 Satz 1 ein dort genanntes Geländer öffnet oder entfernt,

5g. entgegen § 1.08 Nummer 5 Satz 2 ein Geländer nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig schließt oder nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig setzt,“.
 - b) In Nummer 27 Buchstabe c werden nach dem Wort „Stillliegen“ die Wörter „oder das Betreten der Fahrzeuge“ eingefügt.

Artikel 3

Inkraftsetzen eines Beschlusses der Moselkommission

Der von der Moselkommission gefasste Beschluss vom 8. Juni 2020, MK-I-20-5.5., zur Änderung der Moselschiffahrtspolizeiverordnung (Anlage zu Artikel 1 der Verordnung zur Einführung der Moselschiffahrtspolizeiverord-

nung vom 3. September 1997 (BGBl. 1997 II S. 1670, Anlageband)), die zuletzt durch Beschluss vom 23. Mai 2019 unter Berücksichtigung des Beschlusses vom 28. November 2019 (Anlage 8 zu Artikel 3 Satz 1 Nummer 5 der Verordnung vom 2. Juni 2020 (BGBl. 2020 II S. 346)) geändert worden ist, wird hiermit auf der Mosel in Kraft gesetzt. Der Beschluss wird nachstehend als Anlage 2 veröffentlicht.

Artikel 4
Änderung der
Verordnung zur Einführung
der Moselschiffahrtspolizeiverordnung

Artikel 4 der Verordnung zur Einführung der Moselschiffahrtspolizeiverordnung vom 3. September 1997 (BGBl. 1997 II S. 1670), die zuletzt durch Artikel 4 der Ver-

ordnung vom 2. Juni 2020 (BGBl. 2020 II S. 346) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 3 Nummer 16e werden die Wörter „oder ein Kartenanzeigegerät“ gestrichen.
2. In Absatz 4 Nummer 29b Buchstabe b und Absatz 6 Nummer 11 Buchstabe o werden jeweils die Wörter „oder einem vergleichbaren Kartenanzeigegerät, das mit dem Inland AIS Gerät verbunden ist,“ gestrichen.

Artikel 5
Inkrafttreten

(1) Die Artikel 1 und 2 treten am 1. Dezember 2020 in Kraft.

(2) Im Übrigen tritt diese Verordnung am 1. Januar 2021 in Kraft.

Berlin, den 15. September 2020

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Anlage 1
(zu Artikel 1 Satz 1)**Änderungen der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung**

1. Dem § 1.08 werden folgende Nummern 5 und 6 angefügt:

- „5. Sind die nach Artikel 14.02 Nummer 4 ES-TRIN geforderten Geländer umlegbar oder wegnehmbar, dürfen sie nur bei stillliegenden Fahrzeugen geöffnet oder teilweise entfernt werden und nur bei folgenden Betriebszuständen:
- a) zum An- und Vonbordgehen an den hierfür vorgesehenen Stellen,
 - b) beim Einsatz des Schwenkbaumes in seinem Schwenkbereich,
 - c) beim Festmachen und Lösen von Seilen im Pollerbereich,
 - d) bei Fahrzeugen, die an senkrechten Ufern liegen, an der dem Ufer zugekehrten Seite, wenn keine Absturzgefahr besteht,
 - e) bei Fahrzeugen, die Bord an Bord liegen, an den sich berührenden Stellen, wenn keine Absturzgefahr besteht, oder
 - f) wenn die Be- und Entladearbeiten oder der Baubetrieb unverhältnismäßig behindert würden.

Sind Betriebszustände nach Satz 1 nicht mehr vorhanden, sind die Geländer sofort wieder zu schließen oder zu setzen.

6. Die Mitglieder der Besatzung und die sonstigen Personen an Bord müssen Rettungswesten nach Artikel 13.08 Nummer 2 ES-TRIN tragen
- a) beim An- und Vonbordgehen, sofern Absturzgefahr ins Wasser besteht,
 - b) bei Aufenthalt im Beiboot,
 - c) bei Arbeiten außenbords oder
 - d) bei Aufenthalt und Arbeit an Deck und im Gangbord, sofern Schanzkleider von mindestens 90 cm Höhe nicht vorhanden oder Geländer nach Absatz 5 nicht durchgehend gesetzt sind.

Außenbordarbeiten dürfen nur bei stillliegenden Schiffen durchgeführt werden und nur, wenn durch den übrigen Schiffsverkehr keine Gefährdung zu erwarten ist.“

Beschluss vom 4. Juni 2020 (2020-I-13)

2. Dem § 7.01 wird folgende Nummer 5 angefügt:

- „5. Fahrzeuge dürfen nur über sichere Zugänge betreten oder verlassen werden. Sind geeignete Landanlagen vorhanden, dürfen keine anderen Einrichtungen benutzt werden.

Sind Abstände zwischen Fahrzeug und Land vorhanden, müssen Landstege nach Artikel 13.02 Nummer 3 Buchstabe d ES-TRIN ausgelegt und sicher befestigt sein; deren Geländer müssen gesetzt sein.

Wird das Beiboot als Zugang benutzt und ist ein Höhenunterschied zwischen Beiboot und Deck zu überwinden, ist ein geeigneter, sicherer Aufstieg zu benutzen.“

Beschluss vom 4. Juni 2020 (2020-I-13)

Anlage 2

(zu Artikel 3 Satz 1)

Änderung der Moselschiffahrtspolizeiverordnung

§ 4.07 Nummer 3 MoselSchPV wird wie folgt geändert:

- „3. Fahrzeuge, die mit einem Inland AIS Gerät ausgerüstet sein müssen, ausgenommen Fähren, müssen zusätzlich mit einem Inland ECDIS Gerät im Informationsmodus ausgestattet sein und dieses zusammen mit einer aktuellen elektronischen Binnenschiffahrtskarte nutzen. Hinsichtlich der Mindestanforderungen an Inland ECDIS Geräte im Informationsmodus und an elektronische Binnenschiffahrtskarten gilt § 4.07 Nummer 3 Satz 2 der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung in der zum 1. Dezember 2014 anzuwendenden Fassung entsprechend.“

Beschluss vom 8. Juni 2020 (MK-I-20-5.5.)

**Dritte Verordnung
zu dem Seearbeitsübereinkommen, 2006,
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Februar 2006**

Vom 25. September 2020

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2013 zum Seearbeitsübereinkommen, 2006, der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Februar 2006 (BGBl. 2013 II S. 763), der durch Artikel 624 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Artikel 1

Inkraftsetzung

Die in Genf am 5. Juni 2018 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation auf ihrer 107. Tagung beschlossenen Änderungen des Seearbeitsübereinkommens, 2006, vom 23. Februar 2006 (BGBl. 2013 II S. 763, 765) werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am 26. Dezember 2020 in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.
- (3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 25. September 2020

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

Änderungen von 2018 des Codes
des Seearbeitsübereinkommens, 2006,
gebilligt durch die Konferenz
auf ihrer einhundertsten Tagung, Genf, 5. Juni 2018

Amendments of 2018 to the Code
of the Maritime Labour Convention, 2006,
as amended (MLC, 2006), approved by the Conference
at its one hundred and seventh Session, Geneva, 5 June 2018

Amendements de 2018 au Code
de la Convention du travail maritime, 2006,
telle qu'amendée (MLC, 2006), approuvés par la Conférence
à sa cent septième session, Genève, 5 Juin 2018

(Übersetzung)

Amendments of 2018 to the Code of the Maritime Labour Convention, 2006, as amended (MLC, 2006)	Amendements de 2018 au Code de la Convention du travail maritime, 2006, telle qu'amendée (MLC, 2006)	Text der Änderungen von 2018 des Codes des Seearbeits- übereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung
Amendment to the Code of the MLC, 2006, relating to Regulation 2.1	Amendement au code de la MLC, 2006, concernant la règle 2.1	Änderungen des Codes des Seearbeits- übereinkommens, 2006, betreffend die Regel 2.1
Standard A2.1 – Seafarers' employment agreements	Norme A2.1 – Contrat d'engagement maritime	Norm A2.1 – Beschäftigungsverträge für Seeleute
Insert a new paragraph 7:	Insérer un nouveau paragraphe 7, comme suit :	Es wird ein neuer Absatz 7 eingefügt:
7. Each Member shall require that a seafarer's employment agreement shall continue to have effect while a seafarer is held captive on or off the ship as a result of acts of piracy or armed robbery against ships, regardless of whether the date fixed for its expiry has passed or either party has given notice to suspend or terminate it. For the purpose of this paragraph, the term:	7. Tout Membre exige qu'un contrat d'engagement maritime continue à produire ses effets lorsque, à la suite d'actes de piraterie ou de vols à main armée à l'encontre des navires, le marin est tenu en captivité à bord du navire ou ailleurs, même si la date fixée pour son échéance est passée ou que l'une ou l'autre partie a notifié sa suspension ou résiliation. Aux fins du présent paragraphe, l'expression :	7. Jedes Mitglied hat vorzuschreiben, dass ein Beschäftigungsvertrag für See- leute weiterhin gilt, während die Seeleute infolge seeräuberischer Handlungen oder bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe an Bord oder außerhalb des Schiffes gefangen gehalten werden, ungeachtet dessen, ob der für seinen Ablauf festgesetzte Zeitpunkt verstrichen ist oder eine der beiden Parteien ihn ausgesetzt oder gekündigt hat. Im Sinne dieses Absatzes:
(a) <i>piracy</i> shall have the same meaning as in the United Nations Convention on the Law of the Sea, 1982;	a) <i>piraterie</i> s'entend au sens de la Conven- tion des Nations Unies sur le droit de la mer de 1982 ;	a) hat der Begriff <i>Seeräuberei</i> die gleiche Bedeutung wie im Seerechtsüberein- kommen der Vereinten Nationen, 1982;

- (b) *armed robbery against ships* means any illegal act of violence or detention or any act of depredation, or threat thereof, other than an act of piracy, committed for private ends and directed against a ship or against persons or property on board such a ship, within a State's internal waters, archipelagic waters and territorial sea, or any act of inciting or of intentionally facilitating an act described above.
- b) *vols à main armée à l'encontre des navires* désigne tout acte illicite de violence, de détention ou de déprédation, ou menace de tels actes, autre qu'un acte de piraterie, commis à des fins privées contre un navire, ou contre des personnes ou des biens à son bord, dans les eaux intérieures, les eaux archipélagiques ou la mer territoriale d'un Etat, ou tout acte ayant pour but d'inciter à commettre un acte défini ci-dessus ou commis dans l'intention de le faciliter.
- b) bedeutet *bewaffneter Raubüberfall auf Schiffe* jede rechtswidrige Gewalttat oder Freiheitsberaubung oder jede Plünderung oder deren Androhung, ausgekommen seeräuberische Handlungen, die zu privaten Zwecken begangen wird und die gegen ein Schiff oder gegen Personen oder Vermögenswerte an Bord dieses Schiffes in den Binnengewässern, den Archipelgewässern oder den Hoheitsgewässern eines Staates gerichtet ist, oder jede Anstiftung zu einer oben beschriebenen Handlung oder deren vorsätzliche Erleichterung.

**Amendment to the Code
of the MLC, 2006,
relating to Regulation 2.2**

**Amendement au code
de la MLC, 2006,
concernant la règle 2.2**

**Änderungen des Codes
des Seearbeits-
übereinkommens, 2006,
betreffend die Regel 2.2**

Standard A2.2 – Wages

Norme A2.2 – Salaires

Norm A2.2 – Heuern

Insert a new paragraph 7:

Insérer un nouveau paragraphe 7, comme suit :

Es wird ein neuer Absatz 7 eingefügt:

7. Where a seafarer is held captive on or off the ship as a result of acts of piracy or armed robbery against ships, wages and other entitlements under the seafarers' employment agreement, relevant collective bargaining agreement or applicable national laws, including the remittance of any allotments as provided in paragraph 4 of this Standard, shall continue to be paid during the entire period of captivity and until the seafarer is released and duly repatriated in accordance with Standard A2.5.1 or, where the seafarer dies while in captivity, until the date of death as determined in accordance with applicable national laws or regulations. The terms *piracy* and *armed robbery against ships* shall have the same meaning as in Standard A2.1, paragraph 7.

7. Lorsque, à la suite d'actes de piraterie ou de vols à main armée à l'encontre des navires, un marin est tenu en captivité à bord du navire ou ailleurs, le salaire et autres prestations prévus dans son contrat d'engagement maritime, la convention collective ou la législation nationale applicables continuent de lui être versés, et les virements prévus continuent d'être effectués, conformément au paragraphe 4 de la présente norme, pendant toute la période de captivité, jusqu'à ce que le marin soit libéré et dûment rapatrié, conformément à la norme A2.5.1 ou, lorsque le marin décède pendant sa captivité, jusqu'à la date de son décès telle que déterminée conformément à la législation nationale applicable. Les expressions *piraterie* et *vols à main armée à l'encontre des navires* ont la même signification qu'au paragraphe 7 de la norme A2.1.

7. Falls Seeleute infolge von seeräuberischen Handlungen oder bewaffneten Raubüberfällen auf Schiffe an Bord oder außerhalb des Schiffes gefangen gehalten werden, sind die Heuern und sonstigen Ansprüche nach dem Beschäftigungsvertrag für Seeleute, dem einschlägigen Gesamtarbeitsvertrag oder den anwendbaren innerstaatlichen Rechtsvorschriften, einschließlich der in Absatz 4 dieser Norm vorgesehenen Überweisung von Teilbeträgen, während der gesamten Zeit der Gefangenschaft und bis zum Zeitpunkt der Freilassung und ordnungsgemäßen Heim-schaffung gemäß der Norm A2.5.1 oder im Falle des Todes während der Gefangenschaft bis zu dem gemäß den anwendbaren innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgestellten Todeszeitpunkt fortzuzahlen. Die Begriffe *Seeräuberei* und *bewaffneter Raubüberfall auf Schiffe* haben die gleiche Bedeutung wie in der Norm A2.1 Absatz 7.

**Amendment to the Code
of the MLC, 2006,
relating to Regulation 2.5**

**Amendement au code
de la MLC, 2006,
concernant la règle 2.5**

**Änderungen des Codes
des Seearbeits-
übereinkommens, 2006,
betreffend die Regel 2.5**

Guideline B2.5.1 – Entitlement

**Principe directeur B2.5.1 – Conditions
des droits au rapatriement**

Leitlinie B2.5.1 – Ansprüche

Replace paragraph 8 by the following:

Remplacer le paragraphe 8 par ce qui suit :

Absatz 8 wird wie folgt ersetzt:

8. The entitlement to repatriation may lapse if the seafarers concerned do not claim it within a reasonable period of time to be defined by national laws or regulations or collective agreements, except where they are held captive on or off the ship as a result of acts of piracy or armed robbery against ships. The terms *piracy* and *armed robbery against ships* shall have the same meaning as in Standard A2.1, paragraph 7.

8. Le droit au rapatriement peut expirer si le marin intéressé ne le revendique pas dans un délai raisonnable défini par la législation nationale ou les conventions collectives, sauf lorsque le marin est tenu en captivité à bord du navire ou ailleurs, à la suite d'actes de piraterie ou de vols à main armée à l'encontre des navires. Les expressions *piraterie* et *vols à main armée à l'encontre des navires* ont la même signification qu'au paragraphe 7 de la norme A2.1.

8. Der Anspruch auf Heim-schaffung kann erlöschen, wenn die betreffenden Seeleute ihn nicht innerhalb einer angemessenen Frist, die durch innerstaatliche Rechtsvorschriften oder durch Gesamtarbeitsverträge festzusetzen ist, geltend machen, außer in den Fällen, in denen sie infolge von seeräuberischen Handlungen oder bewaffneten Raubüberfällen auf Schiffe an Bord oder außerhalb des Schiffes gefangen gehalten werden. Die Begriffe *Seeräuberei* und *bewaffneter Raubüberfall auf Schiffe* haben die gleiche Bedeutung wie in der Norm A2.1 Absatz 7.

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
des deutsch-sowjetischen Konsularvertrags
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau**

Vom 24. Juli 2020

Durch Verbalnote vom 2. September 2019 hat die Bundesrepublik Deutschland der Republik Moldau mitgeteilt, dass sie den Konsularvertrag vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (BGBl. II 1959 S. 232, 233) nach seinem Artikel 37 Absatz 2 Satz 2 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau kündigt. Der Konsularvertrag wird somit nach seinem Artikel 37 Absatz 2 Satz 2 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau

mit Ablauf des 1. September 2020

außer Kraft treten.

Berlin, den 24. Juli 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1997
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe**

Vom 27. Juli 2020

Das Protokoll vom 26. September 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens vom 2. November 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll vom 17. Februar 1978 geänderten Fassung (BGBl. 2003 II S. 130, 132) wird nach Artikel 6 Absatz 2 des Protokolls für

Namibia am 15. Oktober 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Juni 2020 (BGBl. II S. 467).

Berlin, den 27. Juli 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens
über das Verfahren der vorherigen Zustimmung
nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien
sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel
im internationalen Handel**

Vom 27. Juli 2020

Das Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (BGBl. 2000 II S. 1058, 1059; 2009 II S. 922, 924) wird nach seinem Artikel 26 Absatz 2 für

Algerien am 19. Oktober 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. November 2018 (BGBl. II S. 776).

Berlin, den 27. Juli 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Anlage IV des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung**

Vom 28. Juli 2020

Die fakultative Anlage IV des Internationalen Übereinkommens vom 2. November 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls vom 17. Februar 1978 (BGBl. 1982 II S. 2, 4, 24; 1996 II S. 399, Anlageband; 2013 II S. 356, 357) wird nach Artikel 15 Absatz 5 des Übereinkommens für

Namibia am 15. Oktober 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Mai 2019 (BGBl. II S. 471).

Berlin, den 28. Juli 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Protokolls
zur Änderung des Vertrags über ein Europäisches Fahrzeug-
und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)**

Vom 3. August 2020

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 2019 zu dem Protokoll vom 8. Juni 2017 zur Änderung des Vertrags vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) (BGBl. 2019 II S. 979, 980) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel II Absatz 3 für

die Bundesrepublik Deutschland am 1. September 2020
in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde wurde am 20. Juli 2020 bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg in deren Eigenschaft als Verwahrer des Übereinkommens hinterlegt.

II.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Finnland	am 1. Dezember 2019
Lettland	am 1. März 2018
Luxemburg	am 1. September 2019
Niederlande	am 1. März 2018
Rumänien	am 1. Mai 2020
Slowakei	am 1. Juni 2019.

Berlin, den 3. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
in seiner geänderten Fassung
und zur
Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden
über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten
und zur
Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden
über den Austausch länderbezogener Berichte

Vom 3. August 2020

I.

Das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens geänderten Fassung (BGBl. 2015 II S. 966, 967, 986) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel IX Absatz 3 des Protokolls für

Armenien* am 1. Juni 2020
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eingelegten Einspruchs zu den Erklärungen Aserbaidschans vom 3. Juni 2004 und 23. Mai 2014 (vgl. BGBl. 2015 II S. 1277) und zu der Erklärung der Türkei vom 19. Oktober 2011

Montenegro* am 1. Mai 2020
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 sowie abgegebenen Erklärungen nach Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 3 des Übereinkommens

sowie nach seinem Artikel 28 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel IX Absatz 5 des Protokolls für

Kap Verde* am 1. Mai 2020
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 des Übereinkommens

Mongolei* am 1. Juni 2020
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 des Übereinkommens

in Kraft getreten.

II.

Ferner wird das Übereinkommen nach seinem Artikel 28 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel IX Absatz 5 des Protokolls für

Kenia* am 1. November 2020

Oman* am 1. November 2020
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 des Übereinkommens

in Kraft treten.

III.

Singapur* hat am 28. Oktober 2019 mit Wirkung vom 1. Februar 2020 seinen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalt nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a (siehe BGBl. 2016 II S. 272) teilweise zurückgenommen.

IV.

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (BGBl. 2015 II S. 1630, 1632) wird bekannt gemacht, dass die Mehrseitige Vereinbarung nach ihrem § 7 Absatz 2.1. für die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu folgenden weiteren Staaten, die bis zum 30. Dezember 2015, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, die Mehrseitige Vereinbarung unterzeichnet haben, wirksam geworden ist:

Ghana	am	14. Oktober 2019
Niue	am	31. August 2019.

V.

Folgende Staaten haben gegenüber dem Verwahrer Erklärungen* nach Artikel 28 Absatz 6 in Verbindung mit Artikel 5 und 6 des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 geänderten Fassung sowie in Bezug auf die Mehrseitige Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (BGBl. 2015 II S. 1630, 1632) abgegeben:

Brunei Darussalam	am	2. Januar 2020
Dominica	am	20. Mai 2019
Oman	am	7. Juli 2020.

VI.

Die Seychellen* haben am 26. August 2019 gegenüber dem Verwahrer eine Erklärung* nach Artikel 28 Absatz 6 in Verbindung mit Artikel 6 des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 geänderten Fassung sowie in Bezug auf die Mehrseitige Vereinbarung vom 27. Januar 2016 zwischen den zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (BGBl. 2016 II S. 1178, 1179) abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 10. Oktober 2019 (BGBl. II S. 973), 26. Juni 2019 (BGBl. II S. 656) und 28. März 2019 (BGBl. II S. 312).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, zu dem Protokoll sowie zu den Mehrseitigen Vereinbarungen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Das Gleiche gilt für die Angaben zu den Anlagen A, B und C zu dem Übereinkommen. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 3. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über die Suspendierung des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China
über die Überstellung flüchtiger Straftäter**

Vom 4. August 2020

Durch Verbalnote vom 3. August 2020 hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China mitgeteilt, dass sie das Abkommen vom 26. Mai 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die Überstellung flüchtiger Straftäter (BGBl. 2009 II S. 62, 75) mit sofortiger Wirkung suspendiert. Das Abkommen ist somit nach seinem Artikel 23 Absatz 3 Satz 2

mit Wirkung vom 3. August 2020

suspendiert.

Berlin, den 4. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens des Europarats
zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
und häuslicher Gewalt**

Vom 5. August 2020

Monaco* hat am 30. Juli 2020 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats in dessen Eigenschaft als Verwahrer die Gültigkeit seiner Vorbehalte zu den Artikeln 30, 44 und 59 des Übereinkommens (vgl. BGBl. 2018 II S. 142) für weitere fünf Jahre erklärt. Die Verlängerung gilt mit Wirkung ab 1. Februar 2020.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Mai 2020 (BGBl. II S. 342).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 5. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Vom 5. August 2020

Japan hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. Juli 2020 notifiziert, dass es die Bestimmungen des Abkommens vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (BGBl. 1954 II S. 639, 640, 653; 1971 II S. 129, 131; 1979 II S. 812, 813; 1988 II S. 979, 980; 2010 II S. 782, 783) nach seinem Artikel XI § 43 mit Wirkung vom 20. Juli 2020 auf folgende weitere Organisation anwendet:

- Weltorganisation für Tourismus der Vereinten Nationen (UNWTO)
- Anlage XVIII – vom 30. Juli 2008.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Januar 2020 (BGBl. II S. 122).

Berlin, den 5. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens des Europarats
über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme
und Einziehung von Erträgen aus Straftaten
und über die Finanzierung des Terrorismus**

Vom 10. August 2020

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus (BGBl. 2016 II S. 1370, 1371) wird nach seinem Artikel 49 Absatz 4 für

Österreich* am 1. November 2020
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen
Erklärungen nach Artikel 53 Absatz 1, Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b,
Artikel 17 Absatz 4, Artikel 18 Absatz 4 sowie zu Artikel 33

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Mai 2020 (BGBl. II S. 344).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 10. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Streumunition**

Vom 12. August 2020

Das Übereinkommen vom 30. Mai 2008 über Streumunition (BGBl. 2009 II S. 502, 504) wird nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für

Niue am 1. Februar 2021
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2020 (BGBl. II S. 131).

Berlin, den 12. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

Vom 12. August 2020

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385, 386) ist nach seinem Artikel 14 für

San Marino am 11. Juni 2020
Sudan am 20. März 2020
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Oktober 2018 (BGBl. II S. 569).

Berlin, den 12. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport**

Vom 12. August 2020

Das Internationale Übereinkommen vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport (BGBl. 2007 II S. 354, 355) ist nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Mauretanien am 1. Januar 2020
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Dezember 2019 (BGBl. II S. 1069).

Berlin, den 12. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zweiten Protokolls zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
und Berichtigung**

Vom 12. August 2020

I.

Das Zweite Protokoll vom 26. März 1999 zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 2009 II S. 716, 717; 2012 II S. 54, 55) ist nach seinem Artikel 44 für die

Ukraine am 30. Juni 2020
in Kraft getreten.

II.

Die Bekanntmachung vom 14. Januar 2011 (BGBl. II S. 486) über den Geltungsbereich des Zweiten Protokolls vom 26. März 1999 zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 2009 II S. 716, 717; 2012 II S. 54, 55) wird dahin gehend berichtigt, dass das Protokoll für

Uruguay am 3. April 2007
in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Mai 2019 (BGBl. II S. 648).

Berlin, den 12. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Änderungen von 1997 und 1999 des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 12. August 2020

Die Regierung des Vereinigten Königreichs* hat am 4. August 2020 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in dessen Eigenschaft als Verwahrer des Übereinkommens die Erstreckung der Änderung vom 17. September 1997 und der Änderung vom 3. Dezember 1999 des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1998 II S. 2690, 2691; BGBl. 2002 II S. 921, 923) auf Jersey notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Mai 2015 (BGBl. II S. 842).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 12. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

Vom 18. August 2020

Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) wird nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für

St. Kitts und Nevis am 12. September 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Mai 2019 (BGBl. II S. 470).

Berlin, den 18. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung
vom 15. Juni 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik zum
Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Tschechischen Republik über die
polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages
vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen
Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom
20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung betreffend
die Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten

Vom 26. August 2020

Die Durchführungsvereinbarung vom 15. Juni 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik zum Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Ordnungswidrigkeiten (BGBl. 2019 II S. 1123, 1124) ist nach ihrem Artikel 4 Absatz 1

am 19. Juni 2020

in Kraft getreten.

Berlin, den 26. August 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
zu dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen
zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus**

Vom 3. September 2020

I.

Deutschland hat am 24. Juni 2020 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in dessen Eigenschaft als Verwahrer gegen den bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 29. August 2019 angebrachten Vorbehalt Libanons (vgl. die Bekanntmachung vom 10. September 2019, BGBl. II S. 832) zum Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (BGBl. 2003 II S. 1923, 1924) folgenden Einspruch erhoben:

(Übersetzung)

„... the Federal Government has carefully examined the reservation made by the Lebanese Republic upon accession to the Convention on August 29, 2019 to Article 2(1)(b) thereof.

It is of the opinion that this reservation unilaterally limits the scope of the Convention and is in contradiction to the object and purpose of the Convention, in particular the object of suppressing the financing of terrorist acts wherever and by whomever they may be committed.

The reservation is further contrary to the terms of Article 6 of the Convention, according to which States Parties commit themselves to adopt such measures as may be necessary, including, where appropriate, domestic legislation, to ensure that criminal acts within the scope of this Convention are under no circumstances justifiable by considerations of a political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or other similar nature.

The Federal Government recalls that, according to customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, reservations that are incompatible with the object and purpose of a convention are not permissible.

The Federal Government therefore objects to the above-mentioned reservation by the Lebanese Republic to the International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Federal Republic of Germany and the Lebanese Republic in its entirety. The Convention will thus become operative between the two States without the Lebanese Republic benefitting from the aforementioned reservation.”

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat den von der Libanesischen Republik am 29. August 2019 aus Anlass ihres Beitritts zu dem Übereinkommen angebrachten Vorbehalt zu Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens gründlich geprüft.

Sie ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt den Anwendungsbereich des Übereinkommens einseitig einschränkt und im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht, insbesondere zum Ziel der Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Handlungen, wo und von wem auch immer sie begangen werden.

Der Vorbehalt steht ferner im Widerspruch zu Artikel 6 des Übereinkommens, wonach sich die Vertragsstaaten verpflichten, die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich, wenn dies zweckmäßig ist, Maßnahmen der innerstaatlichen Gesetzgebung, zu treffen, um sicherzustellen, dass Straftaten im Sinne dieses Übereinkommens unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden.

Die Bundesregierung erinnert daran, dass nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es in dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck eines Übereinkommens unvereinbar sind, nicht zulässig sind.

Die Bundesregierung erhebt von daher Einspruch gegen den vorgenannten Vorbehalt der Libanesischen Republik gegen das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Dieser Einspruch schließt nicht aus, dass das Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Libanesischen Republik in seiner Gesamtheit in Kraft tritt. Das Übereinkommen wird somit zwischen den beiden Staaten wirksam, ohne dass sich die Libanesische Republik den genannten Vorbehalt zunutze machen kann.“

II.

Darüber hinaus haben

Belgien*	am 25. August 2020
Estland*	am 27. August 2020
Finnland*	am 4. August 2020
Frankreich*	am 22. Juli 2020
Griechenland*	am 18. August 2020
Irland*	am 29. Juli 2020
Kroatien*	am 28. August 2020
Litauen*	am 5. August 2020
Niederlande*	am 21. August 2020
Österreich*	am 28. Mai 2020
Polen*	am 10. August 2020
Portugal*	am 26. August 2020
Rumänien*	am 17. April 2020
Schweden*	am 28. August 2020
Schweiz*	am 20. August 2020
Slowakei*	am 25. August 2020
Slowenien*	am 6. Juli 2020
Spanien*	am 24. August 2020
Tschechien*	am 7. Juli 2020
Ungarn*	am 14. August 2020
Vereinigte Staaten*	am 8. Januar 2020

Einsprüche gegen den Vorbehalt Libanons eingelegt.

Der Vorbehalt Libanons vom 29. August 2019 hatte folgenden Wortlaut:

(Übersetzung) (Original: Arabisch)

“... with a reservation regarding the definition of terrorism set forth in Article 2, paragraph 1 (b) of that Convention and an endorsement of the definition of terrorism set forth in articles 1 and 2 of the Arab counter-Terrorism Convention signed in Cairo on 22 April 1984.”

(Übersetzung) (Original: Französisch)

„... mit einem Vorbehalt zu der Bestimmung des Begriffs „Terrorismus“ in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b jenes Übereinkommens und einer Anerkennung der Bestimmung des Begriffs „Terrorismus“ in den Artikeln 1 und 2 des am 22. April 1984 in Kairo unterzeichneten Arabischen Übereinkommens zur Terrorismusabwehr.“

III.

Das Vereinigte Königreich* hat am 23. März 2020 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in dessen Eigenschaft als Verwahrer des Übereinkommens die Erstreckung des Übereinkommens mit Wirkung vom 23. März 2020 auch auf Gibraltar erklärt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. September 2019 (BGBl. II S. 832).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 3. September 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Nagoya
über den Zugang zu genetischen Ressourcen
und die ausgewogene und gerechte Aufteilung
der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 7. September 2020

Das Protokoll von Nagoya vom 29. Oktober 2010 über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 2015 II S. 1481, 1483) wird nach seinem Artikel 33 Absatz 2 für

Montenegro am 12. November 2020

Oman am 21. September 2020

Saudi-Arabien am 8. Oktober 2020

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Juni 2020 (BGBl. II S. 524).

Berlin, den 7. September 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über das Verbot der Verwendung
von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen
sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege**

Vom 7. September 2020

Das Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (RGBl. 1929 II S. 173, 174) ist nach seinen Bestimmungen für

Kasachstan am 20. April 2020

Kirgisistan am 29. Juni 2020

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Februar 2016 (BGBl. II S. 238).

Berlin, den 7. September 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
G 1998 · PVST · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1978
zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag
im internationalen Straßengüterverkehr**

Vom 7. September 2020

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) (BGBl. 1980 II S. 721, 733) wird nach seinem Artikel 4 Absatz 2 für

Bosnien und Herzegowina am 17. September 2020

Ukraine* am 13. September 2020

nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts nach Artikel 9 Absatz 1 zu Artikel 8 des Protokolls

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Juni 2020 (BGBl. II S. 526).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 7. September 2020

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick